

GesundheitsLaden Bremen e.V. · Braunschweiger Str. 53b · 28205 Bremen

Braunschweiger Str. 53b
28205 Bremen
Telefon 0421 / 9 88 65 23
Telefax 0421 / 6 99 18 62
info@gesundheitsladen-bremen.de
www.gesundheitsladen-bremen.de

Sparkasse Bremen, BLZ 290 501 01
Kto.-Nr. 1 180 595

Amtsgericht Bremen, VR 5312
Vorstand: Wilfried Bolles

Jahresbericht 2010

- I. **Einleitung**
- II. **Projekt: PatientInnenstelle**
 - Orientierung und Unterstützung im Gesundheitssystem
 - Patientenvertretung auf Bundes-/Landesebene (§ 140 f SGB V)
- III. **Projekt: Regionale Beratungsstelle Bremen-Nordniedersachsen der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland – UPD gGmbH**
- IV. **UPD-Teilprojekt: „Patientenberatung für sozial Benachteiligte im Konzept des Settingansatzes im Stadtteil“ und „Gesundheitsinformationen für sozial Benachteiligte“**
- V. **Fortbildung**
- VI. **Öffentlichkeitsarbeit**
- VII. **Kooperation/Netzwerkarbeit**
- VIII: **Zusammenfassung und Ausblick auf 2011**



**Unabhängige
Patientenberatung
Deutschland | UPD**
**Beratungsstelle
Bremen-Nordniedersachsen**
Telefon 0421 / 6 99 18 61
bremen@upd-online.de
www.upd-online.de



**PATIENTINNENSTELLE
IM GESUNDHEITSLADEN
BREMEN E.V.**
Mitglied in der BundesArbeitsGemeinschaft
der PatientInnenstellen (BAGP)
Telefon 0421 / 49 35 21
bremen@patientinnenstellen.de
www.patientinnenstellen.de.de

Beratungs- und Öffnungszeiten:
Mo, Di, Mi, Fr 10 - 13 Uhr
und Donnerstag 15 - 19 Uhr

I. Einleitung

Der **GESUNDHEITSLADEN BREMEN E.V.** ist ein gemeinnütziges Informations- und Kommunikationszentrum rund um das Thema Gesundheit. Er bietet seit 30 Jahren eine neutrale Anlaufstelle für Ratsuchende, einen Ort zum Erfahrungsaustausch und ein Forum für alle, die aktiv werden wollen.

Dazu gehören Orientierungshilfen im Gesundheitssystem mit Veranstaltungen zu Gesundheitsthemen im Sinne von Gesundheitsförderung, um damit zu Lebensverhältnissen beizutragen, unter denen Menschen gesund und aktiv leben können. Dies betrifft den Zugang zu Informationen und die Befähigung zum selbstbestimmten Handeln ebenso wie die Verbesserung der Lebensverhältnisse. Hierarchien sollen abgebaut und die Beziehung zwischen PatientInnen, Anbietern und Kostenträger verbessert werden. Dabei stehen die Belange von BürgerInnen, Versicherten und PatientInnen im Vordergrund.

Schwerpunkte der Arbeit sind Patientenberatung in den beiden Projekten „PatientInnenstelle Bremen“ und „Beratungsstelle Bremen-Nordniedersachsen der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland | UPD“ sowie Patientenvertretung.

Die finanzielle Eigenständigkeit des Gesundheitsladen Bremen eV ist durch Mitgliedbeiträge, Spenden und öffentliche Mittel im Rahmen der Selbsthilfeförderung gesichert. Die regionale Beratungsstelle Bremen-Nordniedersachsen der UPD wird im Rahmen des Modellprojekts gemäß § 65b SGB V durch den GKV-Spitzenverband gefördert.

Darüber hinaus wurde von den Mitgliedern ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement geleistet.

Der Gesundheitsladen Bremen ist Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen (BAGP), im Verbund unabhängiger Patientenberatung eV (VuP) und in der Landesvereinigung für Gesundheit Bremen (LVG).

II. Projekt: PatientInnenstelle Bremen

- Orientierung und Unterstützung im Gesundheitssystem –

Seit 1993 informiert, berät, unterstützt und begleitet die PATIENTINNENSTELLE im Gesundheitsladen Bremen eV BürgerInnen, Versicherte, PatientInnen z.B. bei Beschwerden über Mängel in der Gesundheitsversorgung und bei Verdacht auf Behandlungsfehler und leistet in Einzelfällen besondere Unterstützung.

Weitere Arbeitsschwerpunkte sind Vermittlung von Betroffenenkontakten zur gegenseitigen Unterstützung, Initiierung von Gesprächskreisen, Gesundheitspolitik, Patientenvertretung, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit .

So begleiteten wir zum Beispiel eine Initiative, die sich mit palliativen Versorgungsmöglichkeiten beschäftigt.

Der von der PATIENTINNENSTELLE erarbeitete Aufruf zur Unterschriftenaktion mit der Forderung nach einem Patientenrechtegesetz führte zu intensiveren Beschäftigung zu diesem gesundheitspolitischen Thema auch aufgrund von Medienanfragen und anderen Akteuren.

Die PATIENTINNENSTELLE beteiligt sich im Arbeitskreis: ehrenamtliche Heimmitwirkung an der Diskussion um das neue Bremer Heimgesetz und am bundesweiten Aktionsbündnis: „stoppt die e-card“.

Wir erarbeiteten federführend eine erfolgreiche Stellungnahme zum bremischen Entwurf des Landeskrankenhausesgesetzes mit Sozialverband VdK und Netzwerk Selbsthilfe, in der wir die Etablierung von PatientenfürsprecherInnen in allen Krankenhäusern forderten.

- Patientenvertretung auf Bundes- und Landesebene (§ 140 f SGB V) -

Die PATIENTINNENSTELLE nimmt die ihr seit 2004 aus § 140 f-g SGB V übertragene Patientenvertretung im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) und die Koordinierungsaufgabe auf Landesebene nach § 90 SGB V in den Landes-, Zulassungs- und Berufungsausschüssen der Kassen(zahn)ärztlichen Vereinigungen wahr.

Sie vertritt die Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen BAGP auf Bundesebene im Unterausschuss des G-BA Sektorenübergreifende Versorgung, Arbeitsgruppe „Ambulante Behandlung im Krankenhaus“ mit der Aufgabe über den in § 116b SGB V aufgelisteten Katalog von hochspezialisierten Leistungen, seltenen Erkrankungen und Erkrankungen mit besonderen Verläufen hinaus neue Anträge, aber auch bereits genehmigte Anträge zu überprüfen.

Leider verzögert sich die Umsetzung dieser gesetzlichen Regelung im Land Bremen, aber auch bundesweit, aufgrund rechtlicher Auseinandersetzungen durch niedergelassene ÄrztInnen, die Nachteile befürchten.

Auch im G-BA-Unterausschuss „Zahnärztliche Behandlung“ und den Arbeitsgruppen arbeiten wir mit.

Auf der Landesebene organisiert die PATIENTINNENSTELLE die Koordination der Patientenbeteiligung in den Landes-, Zulassungs- und Berufungsausschüssen der Kassen(zahn)ärztlichen Vereinigungen. Zur Vernetzung nahmen wir an überregionalen Treffen teil.

Die Landesausschüsse für Zahnärzte und für Ärzte/Psychotherapeuten beraten und entscheiden über den Bedarfsplan nach G-BA-Richtlinien zur Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung (Feststellung von Über- und Unterversorgung). Die Zulassungsausschüsse entscheiden über Ermächtigungen von KrankenhausärztInnen, Sonderbedarfszulassungen, Erweiterungen und Verlängerungen.

Die Zulassung von ÄrztInnen/PsychologInnen orientiert sich allerdings nicht an den tatsächlichen Bedürfnissen von Versicherten. Trotz „Übersorgung“ in den Städten Bremen und Bremerhaven verfügen Wohngebiete mit sozialen Brennpunkten nicht über ein ausreichendes Angebot von

Spezialisten. Angesichts der „Überversorgung“ im Land Bremen ist eine Änderung der Bedarfsplanung nur über eine bundesgesetzliche Änderung möglich.

Mit bremischen GesundheitspolitikerInnen führten wir Gespräche, um unseren gesundheitspolitischen Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen.

III. Projekt: UPD - Beratungsstelle Bremen-Nordniedersachsen

Der Gesundheitsladen Bremen e.V. hat als Träger der regionalen Beratungsstelle (RBS) Bremen-Nordniedersachsen der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland | UPD gGmbH sein Beratungsangebot für PatientInnen und Versicherte über Bremen hinaus regional erweitert. Das Modellprojekt wurde nach § 65b SGB V durch den GKV-Spitzenverband gefördert.

Der Aufgabenbereich beinhaltet die Versorgung der Ratsuchenden mit allgemeiner Basisinformation und Basisberatung und Wahrnehmung der regionalen und nationalen Wegweiserfunktion in Gesundheitsfragen. Daneben bietet die RBS Gruppenberatungen, Informationsveranstaltungen und Vorträge, in der Beratungsstelle selbst sowie als aufsuchende Beratung auch in anderen Stadtteilen und in Nordniedersachsen an. In der Beratungsstelle Bremen-Nordniedersachsen arbeiteten im Jahr 2010 vier BeraterInnen aus den Kompetenzfeldern Psychosoziales, Gesundheit und Recht auf Teilzeitbasis sowie eine geringfügig beschäftigte Mitarbeiterin als Bürokraft.

Die RBS Bremen-Nordniedersachsen bot wöchentlich 20 Stunden Beratungszeiten an, davon 16 Stunden allgemeine Öffnungszeiten. Darüber hinaus beteiligte sie sich am bundesweiten Beratungstelefon. Interessierte BürgerInnen können die Mediothek im Eingangsraum der Beratungsstelle nutzen.

- Beratung und Information

Im Jahr 2010 wurden 3.624 Beratungen durchgeführt.

Bei den Ratsuchenden handelte es sich zu 79 % um selbst Betroffene, zu 17 % um Angehörige und zu 5 % um Sonstige (Professionelle, u.a.). Die Anfragenden waren zu 63 % weiblich und zu 37 % männlich. 76 % aller Ratsuchenden waren zwischen 40 und 80 Jahren alt. Das Durchschnittsalter betrug 55,3 Jahre.

Gesundheitlich-medizinische Aspekte wurden in 41 % aller Anfragen angesprochen. Die Anfragen zu Krankheitsbildern (23 %) und Therapieverfahren (15 %) sowie zu Zahnbehandlungen (21%) nahmen mit fast 60 % den größten Raum ein.

In 25% aller Anfragen spielten psychosoziale Aspekte eine Rolle. Dabei ging es in 41% dieser Fälle um Hilfe zur Alltagsbewältigung und in rund einem Drittel um die Verarbeitung von Krankheitsfolgen. Die übrigen psychosozialen Gesichtspunkte waren die wirtschaftliche Absicherung (11 %) und der berufliche Wiedereinstieg (6 %) Erkrankter.

Fragen zu finanziellen Aspekten wurden zu 19% der Anfragen thematisiert. Bei diesen Anfragen ging es zu 40% um Kostenerstattungen/-übernahmen diverser Kostenträger, und zu 29% um die Höhe/Angemessenheit von Behandlungskosten. Weitere Themen waren private Abrechnungen nach GOZ/GOÄ (11%) sowie IGeL (11 %).

In 46 % der Anfragen ging es um rechtliche Themen, in 29 % dieser Fälle waren die Patientenrechte, in 20 % allgemeines Sozialrecht, in 13 % Behandlungsfehler und in 12 % Vorsorge/ Patientenverfügung Schwerpunkt der Beratungen.

In 39 % aller Fälle wurden weiterführende Verbraucherinformationen gegeben. Dazu gehörten Adressen sonstiger Beratungsstellen (16 %), medizinischer Leistungserbringer (13 %), Selbsthilfegruppen (19%) und von Rechtsanwälten (2%). Fragen zur Versicherungspflicht, über Zusatzversicherungen (2 %) und Produktinformationen (2%) gehörten ebenso dazu .

Bei den Beschwerden über Kostenträger ging es in 62% gegen die GKV, gefolgt von der PKV (12 %). Bei über der Hälfte der Beschwerden gegen Kostenträger ging es um abgelehnte Leistungen.

Die Zahl der Beratungsfälle mit einer Beschwerde lag bei 30%. Die Themen bezogen sich häufig auf Fragen zur Versicherungspflicht, zu IGeL-Leistungen, zum Zahnersatz, Einsichtsrecht, , Behandlungsfehler, zur Aufklärung, Ablehnung von Leistungen usw.

Die Durchführung von Gruppenberatungen hat sich mittlerweile so etabliert, dass sie auch 2010 regelmäßig stattfanden. 2010 konnten wir über Gruppenberatungen und Informationsveranstaltungen zu den Themen Patientenrechte, Gesundheitsreform, Arzneimittel, Zahnersatz, IgeL-Leistungen, Zuzahlungen, Patientenrechte für MigrantInnen, e-card, Patientenverfügung/Vorsorgevollmacht/Betreuungsverfügung in Bremen und Nordniedersachsen über 620 BürgerInnen zusätzlich erreichen:

14 Veranstaltungen in den RBS-Räumen

31 Veranstaltungen in Bremer Stadtteilen und Bremerhaven

17 Veranstaltungen in Nordniedersachsen.

Die Online-Beratung im Verbund wurde ausgebaut. Die 149 eingegangenen Online-Anfragen in 2010 (4,1% aller Anfragen) wurden unter den vier BeraterInnen aufgeteilt. Bei der Bearbeitung dieser Mail-Anfragen erwies sich die Online-Fortbildung als nützlich.

IV. UPD-Teilprojekt

„Patientenberatung für sozial Benachteiligte im Konzept des Settingansatzes im Stadtteil“ und „Gesundheitsinformationen für sozial Benachteiligte“

Bremen führte die im Sommer 2009 vom Tandempartner Ludwigshafen übernommene aufsuchende Patientenberatung im Setting-Ansatz fort. Der Setting-Ansatz berücksichtigt die Rahmenbedingungen, unter denen Menschen leben, lernen und arbeiten. Vor diesem Hintergrund kann ein besserer Zugang zu sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen erreicht werden.

Für die Projektumsetzung wurde der Stadtteil Huchting (29.000 Einwohner) gewählt, der sich durch städtebauliche und soziale Problemlagen in verschiedenen Programmen befindet wie z. B. Wohnen in Nachbarschaften (WiN), Programm Soziale Stadt.

Das bis zum Sommer 2010 laufende Teilprojekt hatte zwei Arbeitsbereiche:

- Schaffung eines niedrig schwelligen Beratungs-, Informations- und Unterstützungsangebot für sozial Benachteiligte
- Zusammenarbeit mit und Aufklärung von regional ansässigen institutionellen Gesundheitsversorgungseinrichtungen wie Krankenhäuser, Gesundheitsämter, Beratungsstellen (Netzwerkarbeit).

Es wurde ein niedrig schwelliges Beratungsangebot im Treff „Gesunde Nachbarschaft“ in Bürogemeinschaft mit der Bremer Krebsgesellschaft eingerichtet. Dazu gehörten die einmal in der Woche angebotene persönliche Beratung sowie einmal im Monat stattfindende Gruppenberatungen im Rahmen der „Mittwochnachmittag–Vorträge“.

Insgesamt wurden 3 Veranstaltungsreihen bei Kooperationspartnern (Spielhaus, Mütterzentrum und Klönhof) in offenen Angeboten initiiert. Die Veranstaltungsreihen bestanden aus 3-4 Gruppenberatungen, deren Themen bei der Känguru-Aktion (s. Öffentlichkeitsarbeit) im Vorfeld ermittelt wurden. Es waren noch weitere Veranstaltungen geplant, die aber durch die begrenzte Laufzeit nicht mehr realisierbar waren (Sportverein und Schule / „Mama lernt deutsch“).

- **Öffentlichkeitsarbeit**

Die Bekanntmachung dieses speziellen Beratungsangebotes fand durch Unterstützung der Kooperationspartner und der im Stadtteil erscheinenden Printmedien statt. Darüber hinaus wurde als Öffentlichkeitsmaßnahme eine Namenssuche für ein UPD-Maskottchen (ein 50 cm großes Känguru mit einem Schaugebiss und Riesenzahnbürste) in Huchtinger Institutionen aus gesundheitlichen, sozialen und kulturellen Bereichen initiiert, verbunden mit einer UPD-Vorstellung und einer Bedürfnisabfrage zu Beratungsthemen. Am Ende wählte eine Jury aus über 100 Einsendungen den Namen „Blaunase – das Gesunduruh“ aus, was mit großem Presseecho im Stadtteil bekannt gegeben wurde. Bei der Fahrradtour „Tour de Natur“ präsentierte sich die RBS am Start-Picknick- und Zielort mit dem Maskottchen im Fahrradkorb.

Poster zu den Themen: „Kooperation auf regionaler Ebene mit dem PARITÄTISCHEN in Bremen-Huchting“, „Gesundheitsinformationen für Menschen mit sozialer Benachteiligung“ und „UPD-Broschüren einfach + verständlich“ wurden erstellt. Die RBS hat mehrere Gruppenberatungen im Rahmen von Maßnahmen nach SGB II und III mit Kooperationspartnern durchgeführt. Die Broschüren „einfach + verständlich“ wie auch das Patientenrechtequiz wurden in Einzel- und Gruppenberatungen eingesetzt und von anderen UPD-Beratungsstellen genutzt.

Das Teilprojekt „Gesundheitsinformationen für sozial Benachteiligte“ wurde bei überregionalen MultiplikatorInnen, Kooperationspartnern vorgestellt (z.B. Krebsinformationsdienst, Theodor-Springmann-Stiftung). Das Konzept „einfach und verständlich“ fand großes Interesse und Erwähnung im niedersächsischen Ärzteblatt 05/2010.

V. Fortbildung

An den UPD-internen wie auch externen Fortbildungsveranstaltungen haben wir als TeilnehmerIn oder auch als ReferentIn teilgenommen:

UPD-Verbundkonferenzen und –Fortbildungen: Ausbau und Verstetigung von Kooperationsbeziehungen, Patientenberatung – theoretisch, praktisch, gut (Teil 1), Patientenberatung – theoretisch, praktisch, gut (Teil 2), Behandlungsfehler, Online-Beratung, Recherche, Auf den Punkt gebracht - Verständliche Sprache in der Beratung, Komplementärmedizin

Projektvorstellung „Gesundheitsinformationen für Menschen mit einer sozialen Benachteiligung“ beim UPD-Kongress sowie „Patientenberatung im Settingansatz“ „Informationen in einfacher verständlicher Sprache“

Veranstaltungsreihe des Gesundheitspolitischen Kolloquiums am Zentrum für Sozialpolitik (ZeS) WS 2009/10: Für eine stabile Finanzierung der GKV in der Zukunft – mögliche Konzepte, notwendige Veränderungen? Vernetzte Gesundheit

2. Berliner Fachtag zur Patientenberatung und –information zum Behandlungsfehler
 Kopfpauschale

PatientInnen stärken – Plädoyer für mehr Patientenrechte in Berlin, Patientenrechtegesetz

Patientenfürsprecher in Berlin

AQUA-Qualitätssicherung im Gesundheitswesen

GBA-Qualitätssicherungskonferenz

Arzneimittelbewertung, -versorgung und -finanzierung

Aus dem Krankenhaus in die Hilflosigkeit?

Auf dem Weg in die Gesundheitsdiktatur? – Verantwortung im neuen Gesundheitsmarkt

IGMR-Workshop: Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung

Erfahrungsaustausch der PatientenvertreterInnen auf Landesebene

Hochschule Bremen: Beratung in bewegten Zeiten

Fachtag AK Migrantinnen und Gesundheit: Welche Sprache spricht unser Gesundheitssystem?

16. Kongress Armut und Gesundheit in Berlin

Palliative Versorgungsmöglichkeiten

VI. Öffentlichkeitsarbeit

Vor den von uns durchgeführten Veranstaltungen wurden regelmäßig örtliche, regionale und überregionale Pressemitteilungen heraus gegeben. Weitere Termine und Interviews mit einzelnen MedienvertreterInnen folgten.

Pressekonferenzen mit Interviews in Rundfunk und Fernsehen zur Vorstellung und Weiterentwicklung des Bremer Krankenhausspiegels unter Beteiligung der RBS fanden im April und September statt.

Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und die Krankenhausgesellschaft initiierten den Bremer Krankenhausspiegel als online-Version (www.bremer-krankenhausspiegel.de). Auf einer gemeinsamen website haben sich 14 Kliniken aus Bremen und Bremerhaven zusammengeschlossen, um gemeinsam die Qualität ihrer medizinischen Behandlungen

gen zu veröffentlichen. Begleitet wird das Projekt von der Techniker Krankenkasse, der hkk Erste Gesundheit, der Ärztekammer Bremen und den Verbraucher-/Patientenberatungen: Verbraucherzentrale Bremen (VZ), Unabhängige Patientenberatung Bremen (UPB) und UPD Bremen-Nordniedersachsen im GesundheitsLaden.

Auf der Pressekonferenz am 21.04.10 zum Start des Bremer Krankenhausspiegels präsentierten wir eine gemeinsame Stellungnahme. Am 15.09.10 wurde auf einer weiteren Pressekonferenz eine Aktualisierung und Erweiterung durch neue Leistungsbereiche sowie die Ergebnisse einer Patientenbefragung der Öffentlichkeit vorgestellt und wieder durch eine gemeinsame Stellungnahme von UPB, VZ und UPD begleitet. Zum Ende des Jahres wurde über die online-Version hinaus eine Druckversion herausgegeben.

Gemeinsam mit den regionalen UPD-Beratungsstellen Hannover und Göttingen haben wir die UPD-Broschüre „Der Behandlungsbegleiter“ herausgebracht, der kostenlos an die NutzerInnen abgegeben wird. In das kleine Heft für die Hand- oder Hosentasche können PatientInnen wichtige Daten wie Arztbesuche, Medikamentenverordnungen oder Röntgenuntersuchungen eintragen. Sie fanden aufgrund unserer Pressearbeit großen Absatz durch direkte Nachfrage in der Beratungsstelle bzw. wurden versendet.

In einer großen Versandaktion haben wir den UPD-Jahresbericht 2009 in Bremen/Bremerhaven und Nordniedersachsen an Beratungseinrichtungen, Krankenkassen, KV mit jeweiligen Bezirksstellen, (Z)ÄK mit jeweiligen Bezirksstellen, Krankenhäuser (in Nordniedersachsen ab 100 Betten), Selbsthilfekontaktstellen, Landkreise verschickt.

Fachreferate hielten wir auf dem Selbsthilfetag in Syke, auf der Seniorenmesse in Oldenburg sowie bei den Podiumsdiskussionen der Frauen Union „Aus dem Krankenhaus in die Hilflosigkeit“ und vom Haus im Park „Auf dem Weg in die Gesundheitsdiktatur? – Verantwortung im neuen Gesundheitsmarkt“.

In wichtigen Beratungsführern und Informationsbroschüren Bremens sowie in den Veranstaltungskalendern und Programmen der Kooperationspartner sind wir regelmäßig vertreten. In neu aufgelegten Beratungsführern konnten wir nun mit dem UPD-Logo mit aufgeführt werden (Bremerhavener Frauenstadtbuch, Bremer Frauenstadtbuch, „Alte Vielfalt“, „Wohnen im Alter“). In den Telefonbüchern sorgten wir weiterhin für besonders gekennzeichnete Einträge.

Bei allen eigenen sowie von uns besuchten Veranstaltungen verteilten wir unsere Flyer mitsamt einliegender eigener Veranstaltungshinweise. Mit Info-Ständen waren wir vertreten bei der Bremer Freiwilligenbörse Aktivoli, beim Internationalen Frauentag und der Seniorenresidenz Huchting.

Unsere Flyer konnten wir u.a. beim Pflegekongress in Bremen und beim Empfang der Initiative „Ambulante Versorgungslücken“ zusätzlich auslegen.

Die Mitarbeit in Arbeitskreisen und Gremien wie z.B. dem Forum Frauengesundheit und die aktive Mitgliedschaft in der Landesvereinigung für Gesundheit (LVG) Bremen sorgte mit Hilfe von deren Verteilern für eine zusätzliche, großflächige Öffentlichkeitsarbeit.

VII. Kooperation und Netzwerkarbeit

Der gegenseitige Austausch mit den VertreterInnen der Krankenkassen auf Landesebene konnte 2010 fortgeführt werden.

Durch den GesundheitsLaden und seine Selbsthilfearbeit bestehen seit längerem Kontakte zum Gesundheitsamt als Unterstützer- und Vergabestelle gesundheitlicher Selbsthilfe, sowie zum Netzwerk Selbsthilfe.

Die MitarbeiterInnen sind in regelmäßig tagenden Arbeits- und Gesprächskreisen vertreten, zum Teil in Doppelfunktion des UPD-Projekts und der PatientInnenstelle im Gesundheitsladen:

- Forum Frauengesundheit mit zusätzlichen Arbeitsgemeinschaften: AK Migrantinnen und Gesundheit, AK Psychotherapieversorgung und AK Ältere Frauen
- Netzwerk Selbsthilfering und Netzwerk Projekte-Plenum
- Diskussionsforum Weiterentwicklung der PatientInnenrechte am Institut für Gesundheits- und Medizinrecht (IGMR), Uni Bremen
- AK Patienteninformation in Niedersachsen
- AK Frau und Gesundheit Südkreis Diepholz
- Landesvereinigung für Gesundheit (LVG) Bremen: AK Qualitätssicherung
- Forum Gesundheitliche Selbsthilfe (Gesundheitsamt)
- Forum Gewalt in Pflege und Betreuung
- AK Heimmitwirkung / Heimgesetz
- AK Entwurf Bremer Landeskrankenhausesgesetz
- WiN-AG Huchting
- AG Bremer Krankenhausspiegel
- Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen (BAGP)
- Aktionsbündnis „Stoppt die e-card“

Durch die Mitgliedschaft des Trägers GesundheitsLaden Bremen e.V. im Verbund unabhängiger Patientenberatung (VuP e.V.) und in der Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen (BAGP) befindet sich die UPD-Beratungsstelle in einem stetigen Austausch mit den darin organisierten Patientenberatungsstellen.

Die Mitgliedschaft in der Landesvereinigung für Gesundheit Bremen ermöglicht eine aktive Kontaktpflege und Informationsvermittlung zu anderen Beteiligten im Gesundheitsbereich.

Auch über die Patientenvertretung durch die BAGP konnten die Probleme, die die MitarbeiterInnen erfahren, dort eingebracht und für Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden. Die Arbeit konnte weitergehend reflektiert und die Kompetenzen für die Patientenberatung erweitert werden.

Durch die Mitarbeit des Gesundheitsladens beim Bündnis „stoppt die e-card“ konnten weitere Vernetzungen auch für das UPD-Projekt erfolgen.

Veranstaltungen in Bremen und Nordniedersachsen haben wir bei und mit folgenden Kooperationspartnern durchgeführt:

Bremen/Bremerhaven:

VHS Bremen (auch die Zweigstellen West/Ost/Süd/Nord), VHS Bremerhaven, Universität Bremen/Fachbereich Public Health, „Recyclinghof“ Findorff, Frauenclub Bremen, DIKS Angehörigengruppe, Frauengesundheitszentrum, Mütterzentrum Huchting, Treff Gesunde Nachbarschaft,

Frauengleichstellungsstelle Bremen, Klönhof Huchting, Spielhaus Antwerpener Straße, Arbeitslosenzentrum ALZ, Seniorenbüro Bremen, Gesundheitstreffpunkt West

Nordniedersachsen:

Kontaktstelle für Selbsthilfe Cloppenburg, VHS Oldenburg, Inforum Oldenburg, SoVD Syke, SoVD Delmenhorst, Gewerkschaft IG BCE Ortsgruppe Barnstorf, KISS Friesland, Stadt Syke, SHG Schlafapnoe in Oldenburg, SHG MS Diepholz, Betreutes Wohnen DRK Barnstorf, SHG Sarkoidose Sulingen, Hospizverein Diepholz, Hausfrauenbund Syke, LVG Niedersachsen, Hospizdienst Osterholz-Scharmbeck Diakonisches Werk, KISS Aurich, Frauenberatungsstelle in Verden, Krebsberatungsstelle Landkreis Diepholz, Selbsthilfekontaktstelle Landkreis Diepholz, Sozialausschuss Landkreis Diepholz, Interessengemeinschaft Gesundes Leben IGEL e.V. Barnstorf.

Die intensive Kooperation mit IGEL e.V. in Barnstorf (Nordniedersachsen) besteht insbesondere mit dem dort verorteten Mehrgenerationenhaus, der PatientInnenstelle, der Selbsthilfekontaktstelle sowie mit der Krebsberatungsstelle für den Landkreis Diepholz. Die Mitarbeit dort am Arbeitskreis Frau und Gesundheit und die Vernetzung mit dem Frauencafé Liri (Frauen mit Migrationshintergrund) sorgen für Einbindung in die Gesundheitslandschaft in Nordniedersachsen. Mit dem IGEL e.V. wurde eine schriftliche Kooperation geschlossen, nach der die RBS Bremen-Nordniedersachsen nach Terminvereinbarung einmal wöchentlich Beratungszeiten in den Räumen des Gesundheitsladen Barnstorf IGEL e.V. Beratungszeiten anbietet.

An die bereits etablierten Pflegestützpunkte in Bremen konnten wir bei Pflegeanfragen verweisen.

Einen gegenseitigen Austausch mit Compass, der Pflegeberatung der PKV, gab es im Februar in den Räumen der RBS.

Mit der Bremer Krebsgesellschaft bestand bis zum Oktober 2010 im Stadtteil Huchting eine Bürogemeinschaft im Rahmen des Beratungsangebotes des Teilprojekts im Stadtteil.

Gespräche über Kooperationen fanden mit der Unabhängige Patientenberatungsstelle Bremen eV (UPB) und der Verbraucherzentrale Bremen eVstatt.

VIII. Zusammenfassung und Ausblick auf 2011

Die Beratungsqualität konnte weiter entwickelt werden insbesondere durch die UPD-Fortbildungsangebote, durch das erweiterte Wissensmanagement mit den zur Verfügung gestellten Informationen und den internen UPD-Qualitätszirkel. Der Rückgriff auf die beratungsunterstützenden und die Patienten-Informationen erleichterte den Arbeitsablauf.

Impulse für die Arbeit in der Beratungsstelle gab es durch den Beratertausch innerhalb der UPD.

Die Durchführung des 1. Teilprojekts „Gesundheitsinformationen für sozial Benachteiligte“ hat auch im Jahr 2010 zu vermehrtem Interesse an den dort entwickelten Broschüren und Informationsveranstaltungen geführt. Durch die Arbeit im Teilprojekt rückte die Beratungssituation für sozial Benachteiligte auch in der übrigen Beratungsarbeit verstärkt in den Fokus, insbesondere die Verständlichkeit mithilfe der einfacheren Sprache. Der Zielgruppe sozial benachteiligter BürgerInnen widmen wir einen Schwerpunkt in unserer Beratungsstelle.

Ziel für das Jahr 2011 wird sein, auch weiterhin am Standort Bremen ein UPD-Beratungsangebot anzubieten. Als Vorbereitung dafür werden Kooperationsverhandlungen insbesondere mit der Verbraucherzentrale Bremen e.V. und der Unabhängigen Patientenberatungsstelle Bremen e.V. geführt werden.

Neben der Beratungstätigkeit werden wir weiter an der Verwirklichung unserer gesundheitspolitischen Forderungen arbeiten.

Auf Bundesebene sind es folgende Themen:

- Verbesserung der Rechtsstellung der BürgerInnen durch ein Patientenrechtegesetz:
- Absicherung im Schadensfall durch ein Ausgleichssystem mit angemessener Entschädigung oder durch Einführung einer verschuldensunabhängigen Versicherung mit einer verschuldens-unabhängigen Haftung nach skandinavischem Vorbild oder eines Entschädigungsfonds
- Ermittlung des Sachverhalts durch das Gericht von Amts wegen
- Beweislastumkehr zu Lasten der ÄrztInnen zu Gunsten der PatientInnen
- Aufbau von neutralen, anbieterunabhängigen Schlichtungsstellen mit paritätischer Besetzung für Konflikte im Gesundheitssystem, in der neben ÄrztInnen und JuristInnen Krankenkassen- und PatientenvertreterInnen sowie betroffene PatientInnen beteiligt sind
- Einführung von neutralen, anbieterunabhängigen Begutachtungsstellen, zumindest Reform des Gutachterwesens mit Nachweisen von Neutralität, Unabhängigkeit und Qualifikation
- Ergänzung der Gesundheitsberichterstattung durch den Aufbau einer systematischen Erfassung und zentralen Auswertung von Arzneimittelschäden und Behandlungsfehlern (Medizinschadensregister) auf der Grundlage der von ÄrztInnen und PatientInnen gemeldeten Fälle
- Pflicht zum Abschluss von Berufshaftpflichtversicherungen für Leistungserbringer
- Ausgestaltung des § 66 SGB V von der Kann- zur Pflichtleistung der Krankenkassen zur Unterstützung der Versicherten bei Behandlungsfehlern
- Aufhebung der einschränkenden Zulassung im Berufsrecht bei Arzthaftungsfällen

Auf Landesebene sind es folgende Themen:

- Einrichtung einer Gesundheitskonferenz
- Etablierung einer Patientenbeauftragten und von
- PatientenfürsprecherInnen in Krankenhäusern
- Verbesserung der Versorgungssituation im ambulanten Bereich.